

Berlin/DDR, den 10. Januar 1977

S c h l u s s b e r i c h t

(Es handelt sich hier im wesentlichen um eine überarbeitete Fassung meines Berichtes an den Generalsekretär vom 8.4.76)

Nach fast vierjähriger Tätigkeit in der DDR als erster Schweizerischer Botschafter ergibt sich folgende Bestandesaufnahme der gelösten und hängigen Probleme.

Zunächst sei auf die 4 beiliegenden Aufzeichnungen verwiesen, die sich mit folgenden Themen befassen:

- wirtschaftliche Beziehungen / Zahlungsverkehr
- Vermögensverhandlungen und weitere Bereiche
- kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen
- konsularische Fragen

Aus diesen Unterlagen ergibt sich, dass auf allen wesentlichen Gebieten Fortschritte erzielt worden sind oder gar zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen werden konnten. In naher Zukunft gilt es zu versuchen, auf dem Gebiete von Handel und Wirtschaft noch vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen. Gleiches gilt mit Bezug auf die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen, wo die Schweiz wohl noch ein mehreres tun könnte. Weiter wäre zu prüfen, ob nicht mit Bezug auf bestimmte Gebiete weitere bilaterale Vereinbarungen getroffen werden können. Die Vermögensverhandlungen wurden plangemäss aufgenommen, doch steht hier, und das gilt auch für andere Staaten, ein zähes Ringen bevor, in dem es zunächst um die Bereinigung der gegenseitigen Ansprüche geht (die Beschaffung der notwendigen Unterlagen ist besonders zeitraubend). Schliesslich konnten auf dem Gebiete der Familienausreisen und Heiraten mit anschliessender Ausreise doch Fortschritte erzielt werden, die sich - auch im Vergleich mit dem, was andere Länder erreichen konnten -

./.



durchaus sehen lassen können. Die Prüfung der von der Schweiz unterbreiteten Fälle geht nach einer kürzlichen Stellungnahme des Chefs der Europa-Abteilung im Aussenministerium weiter.

Es bleibt ein Sektor, derjenige der politischen Beziehungen, auf dem die Schweiz verglichen mit anderen Staaten stark zurückgeblieben ist.

Abgesehen von der in Helsinki gegebenen Möglichkeit des Zusammentreffens von Staatsmännern, haben im Verlaufe der letzten Jahre zahlreiche Länder mit der DDR Besuchskontakte gepflogen, sei es auf dem Niveau des Ministerpräsidenten (Iran) oder des Aussenministers (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Schweden, Oesterreich). Weitere Besuche stehen auf dem Programm (Italien). Dabei geht es nicht nur um DDR-Besuche im Ausland, sondern auch in umgekehrter Richtung.

Die Erfahrung hat zwar gezeigt, dass diese Besuche nicht durchwegs von konkreten Ergebnissen begleitet oder gefolgt waren; vielfach konnten sie aber z.B. zur Förderung der Lösung humanitärer Fälle ausgenützt werden (was auch auf die Besuche von Fachministern zutrifft) und dürften auch sonst zur Schaffung eines günstigeren Klimas für die Behandlung weiterer Probleme beigetragen haben.

Ich hatte schon 1975 angeregt, ob man schweizerischerseits nicht gelegentlich den stellvertretenden Minister Nier nach der Schweiz einladen sollte, um in diesem Reigen nicht allzusehr abseits zu stehen. Das Departement vertrat damals die Ansicht, dass ein solcher Besuch (mein Vorschlag war, diesen in der ersten Hälfte 1976 stattfinden zu lassen) wohl ins Auge gefasst werden könne, doch müsste vorerst die DDR auf dem Sektor Familienzusammenführungen mehr Entgegenkommen zeigen. Immerhin wurde in der Zwischenzeit der für KSZE-Fragen zuständige Botschafter Bock für den kommenden Monat Februar zu einem Gespräch nach Bern eingeladen. Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass

der ursprünglich gemachte Vorschlag weiterverfolgt werden sollte, nachdem in der Zwischenzeit doch eine Reihe von humanitären Fällen gelöst werden konnten.

Herr Nier ist stellvertretender Minister im Aussenministerium, nicht Staatssekretär, so dass sein Gesprächspartner Herr Botschafter Hegner sein würde (alle anderen Staaten haben Herrn Nier in dieser Weise eingestuft.)

Dem Bericht liegt schliesslich eine Aufzeichnung betreffend nützliche Kontakte bei.

Der Schweizerische Botschafter

*Nier*

5 Beilagen erwähnt

512.0

Aufzeichnung No. 1Wirtschaftliche Beziehungen / Zahlungsverkehr

Am 1. Januar 1976 ist das Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der DDR in Kraft getreten. Die Schweiz war damit letzter westeuropäischer Industriestaat, der mit der DDR einen derartigen Vertrag abgeschlossen hat. Dies sowie die Tatsache, dass die meisten anderen Länder bereits vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR z.T. intensive Wirtschaftskontakte unterhielten (u.a. auf der Basis von Abkommen zwischen den Aussenhandelskammern) mag die Begründung dafür sein, dass die Schweiz gemäss OECD-Statistik als Aussenhandelspartner der DDR 1973 noch im 8. Rang figurierte, 1974 jedoch erst an 11. Stelle zu finden war. Nach unserer Statistik für 1975 steht die DDR im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Handelspartnern an drittletzter Stelle (vor Bulgarien und Albanien).

Dafür, dass die DDR nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die EG-Staaten (mit Ausnahme der BRD) von allen Ostblockländern der uninteressanteste Partner ist, liegt die Begründung wohl darin, dass die DDR der technologisch entwickelteste RGW-Staat ist, welcher einen Grossteil der benötigten Investitions- und Konsumgüter selbst produziert. Immerhin darf wohl gesagt werden, dass der Handelsaustausch Schweiz-DDR noch erheblich ausbaufähig ist. Dies sowohl aus nicht zu unterschätzenden sprachlichen Gründen, wie auch aus der Tatsache heraus, dass unser Land auf zahlreichen Gebieten, in denen die DDR auf Importe angewiesen ist (rationalisierende und materialsparende Apparaturen sowie Präzisionsinstrumente) erstklassige Produkte herstellt.

./.

Allerdings gilt es, einschränkend hervorzuheben, dass die Schweiz kaum mit einer wesentlichen Erweiterung ihrer Exporte in die DDR rechnen kann, ohne eine deutliche Steigerung der Bezüge aus diesem Land. Die Handelsstatistik zeigt für 1976 ein Verhältnis von Exporten zu Importen von 4:1 zu Gunsten der Schweiz. Die DDR ist sehr bestrebt, diesen krassen Negativsaldo stärker auszugleichen; Zeugnis für diese Bemühungen ist die Tatsache, dass Geschäftsabschlüsse nur noch auf der Basis von Gegengeschäften getätigt werden können. Dies ist für viele Schweizerfirmen uninteressant und häufig gar mit Verlusten verbunden (die DDR bietet häufig "Ausschussware" an, die bei uns schwerlich abgesetzt werden kann).

Auch andere Industriestaaten kämpfen um vermehrten Absatz ihrer Produkte in der DDR und sind dabei deutlich aktiver als die Schweiz; (offizielle Beteiligung an der Leipziger Messe, Durchführung von Symposien, Besuche von Wirtschaftsdelegationen resp. von hochgestellten Industriellen). Von seiten der Schweizer Industrie könnte diesbezüglich zweifellos mehr getan werden. Weitere Anregungen, die sich im Hinblick auf eine gegenseitige Ausweitung des Handels aufdrängen, sind:

- Bessere und vermehrte Kontakte mit der Botschaft bei Besuchen von Industrievertretern in der DDR.
- Bessere Information der Handelsabteilung des EVD resp. der Botschaft durch unsere Industrie über Probleme bei der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen, bzw. über Gründe, weshalb Geschäftsabschlüsse gescheitert sind. Wir könnten dadurch unsere Anstrengungen entsprechend steuern und konzentrieren.
- Bessere und ausführlichere Information der DDR-Aussenhandelsstellen über die Produktion unserer Industrie in den verschiedenen Industriezweigen (dient zur Verbesserung der allgemeinen Uebersicht über unser Angebot). Vielfach weiss man hier nicht, was überhaupt die Schweiz zu liefern imstande ist.

- Vermehrte Bildung von Interessenverbänden für den Export durch die schweizerische Klein- und Mittelindustrie (analog der "Exportgemeinschaft Schweizerischer Textilmaschinenfabrikanten"). Die DDR denkt - und wohl auch die meisten anderen Staatshandelsländer - in grösseren Dimensionen und ist am "Kleinhandel" offensichtlich nicht sehr interessiert. (Dies natürlich nicht zuletzt im Hinblick auf Gegengeschäfte grösseren Umfanges.)
- Analog dazu wäre evtl. auch die Bildung von Importgemeinschaften schweizerischer Firmengruppen für die Abwicklung von Gegengeschäften aus der DDR erörterenswert.
- Bessere Aufklärung unserer Industrie über das Wirtschaftssystem in Staatshandelsländern (z.B. Aussenhandelsmonopol; Aussenhandelsfirmen; keine freie Vertretung möglich; Planwirtschaft und, damit verbunden, langfristiges Denken, was kurzfristige Geschäfte praktisch ausschliesst etc.). Aus vielen bei der Botschaft eintreffenden Anfragen ergibt sich der Eindruck, dass man in der Schweiz vielerorts über den "Osthandel" noch falsche Vorstellungen hat.

Vom 30. November bis 3. Dezember 1976 fand in Ostberlin die erste Sitzung der Gemischten Kommission gemäss Artikel 10 des Handels- und Wirtschaftsabkommens statt. Ueber die dabei geführten Gespräche vergl. das besondere Protokoll.

Ein besonderes Augenmerk ist schliesslich auf den Ausbau des Zahlungsverkehrs gemäss besonderem Briefwechsel im Rahmen des Handels- und Wirtschaftsabkommens zu richten. Doch dürften sich hier Fortschritte nur langsam einstellen. Eine Anfrage insbesondere nach den Anwendungsmöglichkeiten von Ziffer u im ersten Zahlungsbrief ist sowohl von Seiten der Botschaft wie auch im Rahmen der Gemischten Kommission gegenüber den DDR-Behörden vorgebracht worden, aber bisher unbeantwortet geblieben.

Aufzeichnung No. 2Andere Bereiche

- a) Vermögensverhandlungen: Die DDR hat sich an die seinerzeitigen Zusagen gehalten und hat die Vermögensverhandlungen mit der Schweiz und anderen Ländern aufgenommen, wobei die Schweiz bisher terminmässig noch stets an erster Stelle figuriert. Angesichts der Weitläufigkeit des Problems sowie der Schwierigkeit der durchzuführenden Abklärungen ist jedoch mit längeren Fristen zu rechnen. Es haben bisher statt gefunden drei Verhandlungsrunden und 3 Technische Runden.
- b) Luftfahrt: Luftfahrtabkommen mit der DDR wurden früher durch die Skandinavischen Staaten und Italien abgeschlossen. Die Verhandlungen Oesterreich-DDR wurden aufgenommen, bisher aber nicht zu Ende geführt, da Oesterreich in Bezug auf die Flugmöglichkeit nach Westberlin auf einer Lösung besteht, die über die vage Formulierung hinausgeht, die seitens der DDR bisher zugestanden wurde. Die Unterzeichnung eines Luftabkommens mit der Schweiz im Sommer 1975 wurde von Seiten der DDR sehr begrüsst, wenn auch gewisse Schwierigkeiten dessen Realisierung entgegenstehen. Das Abkommen ist inzwischen ratifiziert worden und am 23. November 1976 in Kraft getreten.
- c) Strassenverkehr: Ein Vorschlag zum Abschluss einer Vereinbarung wurde seitens der DDR in Bern unterbreitet, der inzwischen einen Gegenvorschlag ausgelöst hat. Verhandlungen sollen Ende Februar, Anfang März 1977 in Bern stattfinden.
- d) Anlässlich eines Gesprächs, das Herr Botschafter Diez am 29. November 1974 mit Herrn Botschafter Süss, Chef der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des hiesigen Aussenministeriums führte, wurde die Frage erörtert, ob allenfalls früher geltende

Verträge mit dem Deutschen Reich wieder angewendet werden könnten. Herr Süss liess diese Möglichkeit für multilaterale Verträge gelten, gab hingegen in bilateralem Verhältnis dem Abschluss neuer Verträge den Vorzug. Herr Diez erwähnte als Beispiel die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, wobei abzuklären wäre, ob weitere Verträge in Betracht kommen. Die DDR hat inzwischen der Schweiz den Entwurf zu einem Rechtshilfeabkommen in Zivil- und Strafsachen unterbreitet.

- e) Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und des Post- und Fernmeldewesens haben im Verlaufe des Jahres 1975 je eine schweizerische Delegation die hiesigen zuständigen Stellen besucht. Im ersteren Falle stellt sich die Frage einer Gegeneinladung, soll der Einfluss dieses Kontaktes auf das Klima der gegenseitigen Beziehungen nicht verpuffen. DDR-seits würde man es überdies begrüßen, wenn auch noch so lose schriftliche Vereinbarungen über einen regelmässigen Austausch von medizinischen Erfahrungen zustandekämen.

Im Falle des PTT-Besuches ist dies offenbar weniger dringend, da anlässlich des letzten Weltpostkongresses auch die DDR-Delegation sehr gastlich empfangen wurde. Irgendwelche Abkommen werden auf diesen beiden Gebieten kaum in Frage kommen, da sich die Schweiz an die multilateralen Abmachungen hält. Es sei indessen erwähnt, dass z.B. Oesterreich und Schweden auf dem Gebiete des Gesundheitswesens Abmachungen mit der DDR getroffen haben, die nichts kosten und der Verbesserung der Beziehungen dienlich sind.

Ein weiterer Besuch dieser Art wurde vom Generaldirektor der Schweizerischen Rundspruch- und Fernsehgesellschaft, Herrn Molo, ausgeführt, wobei irgendwelche Vereinbarungen mit den entsprechenden hiesigen Stellen offenbar noch nicht zustande kamen.



Aufzeichnung No. 3Kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen

Bisherige kulturelle Präsenz der Schweiz in der Deutschen Demokratischen Republik seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen:

- Kammerorchester Lausanne in Ostberlin (Oktober 1973)
- Schweizerische Bücherausstellung (gezeigt in Ostberlin, Dresden, Rostock, Erfurt) im März 1975
- Gastvorstellung des Dirigenten Pierre Colombo (März 1975)
- Tournée des Schweizerischen Puppentheaters (Herbst 1975)
- Vortragsreise von Prof. Dr. Karl Fehr (Universität Zürich) an verschiedenen Universitäten der DDR; Lesungen über C.F. Meyer (unterstützt durch PRO HELVETIA)
- Ausstellung über Karl BARTH (hiesiger Organisator: Bund Evangelischer Kirchen der DDR; unterstützt durch PRO HELVETIA)
- Auftritte von Clown Dimitri und der Mimengruppe Mummenschanz anlässlich der Berliner Festtage 1976 (Oktober)

In Aussicht:

- Schweizerische Filmwoche in der DDR (Frühjahr 1977)
- Operngastspiel des Berner Stadttheaters anlässlich der Berliner Festtage 1978 (im Austausch mit Gastspiel der Ostberliner Staatsoper in Bern, wahrscheinlich ebenfalls 1978).
- Eröffnung einer Einweg-Ausstellung über "Kartographie in der Schweiz" (von PRO HELVETIA) an der TU Dresden (1. Halbjahr 1977)

Die DDR konzentriert ihren kulturellen Austausch vor allem auf die "sozialistischen Bruderländer", mit denen langfristige Kulturabkommen bestehen. 1976 wurde mit Finnland und Dänemark als ersten westlichen Ländern ein Kulturabkommen abgeschlossen; mit Oesterreich ist ein solches im Verhandlungsstadium. Von einigen westlichen Staaten wurden bisher vor allem auf dem

Sektor der bildenden Künste einige Ausstellungen durchgeführt (Dänemark, Finnland, Italien). 1974 fand eine schwedische, 1976 eine dänische Filmwoche statt. Interessanterweise wurden diese Veranstaltungen jedoch vorwiegend nicht durch die Botschaften, sondern durch die zuständigen Verbände und Institutionen innerhalb der DDR initiiert - dies meist auf der Grundlage von "guten Beziehungen" mit den jeweiligen Partnerorganisationen in den anderen Ländern.

Hauptgründe für eine relative Zurückhaltung der DDR in Bezug auf den Abschluss von Kulturabkommen sind die Angst vor möglichen (kultur-)politischen Auswirkungen bei regelmässigen Kontakten mit dem Westen sowie finanzielle Fragen. Darüberhinaus können die DDR-Botschaften in den westlichen Ländern auch ohne Abkommen alle Möglichkeiten der freiheitlichen Ordnung ausschöpfen, währendem umgekehrt alles über den zentralisierten Weg (Aussenministerium) eingeleitet werden muss, wodurch der östlichen Seite strikte Kontrolle gewährleistet ist. Dies ist ein gewichtiger Vorteil für die DDR; durch Kulturabkommen müsste sie sich jeweils zu einem "ausbalancierten Programm" verpflichten. Trotz dieses unbefriedigenden Fazits ist es interessant, dass Mitglieder der Botschaft von Mitarbeitern des DDR Aussen- und Kulturministeriums schon verschiedentlich auf die Frage eines Kulturabkommens Schweiz-DDR angesprochen wurden. Angesichts dessen

- dass beide Länder dem gleichen Sprach- und Kulturraum angehören,
- dass die Bundesrepublik aus bekannten Gründen zurückgedrängt wird und hier bis auf weiteres kulturell kaum aktiv werden kann, währenddem Oesterreich als anderes deutschsprachiges Land bisher nicht sehr viel unternommen hat,
- dass die Bevölkerung der DDR eine sehr kulturbewusste ist und nach allem lechzt, was "von drüben" kommt,

sei die Frage aufgeworfen, ob sich die Schweiz durch vermehrtes kulturelles Auftreten nicht eine gewisse Sonderstellung in der DDR verschaffen könnte, die sich positiv auch auf andere Bereiche auswirken würde.

In Frage kämen dabei z.B.

- eine Art mittelfristiges Rahmenabkommen (2-3 Jahre) über gegenseitige kulturelle Veranstaltungen zwischen PRO HELVETIA und dem Kulturministerium der DDR (Vorteile: fixe Planung, Kontinuität gewährleistet),
- Sondervereinbarungen (soweit solche nicht bereits bestehen), z.B. mittels Briefwechsels zwischen kulturellen Verbänden beider Länder (Schriftstellerverbände, Musikerverbände, Verbände der Theaterschaffenden, der bildenden Künste) über gegenseitige Zusammenarbeit, Austausch etc.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Kultursektion einmal mit der Abklärung dieser Frage befassen könnte.

Auf dem wissenschaftlichen Sektor haben bisher etliche gegenseitige Besuche von Wissenschaftern auf einer ad-hoc Basis stattgefunden (schweizerischerseits z.B. Prof. Walser von der Universität Bern). Im letzten Herbst hat das DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen sein grosses Interesse bekundet, mit dem Amt für Wissenschaft und Forschung des EDI ein ähnliches Rahmenabkommen über die gegenseitige Gewährung von Kurzstipendien für Wissenschaftler abzuschliessen, wie dies 1974 zwischen diesem Amt und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR getan worden war. Eine Abklärung dieser Frage ist schweizerischerseits im Gange. Die DDR wurde zu Beginn dieses Jahres ebenfalls auf die Möglichkeit der Auslandstipendien im Rahmen der Eidgenössischen Stipendienaktion für Studenten nach dem Hochschulabschluss hingewiesen. Dies ist bisher jedoch auf DDR-Seite noch auf kein Interesse gestossen (denkbarer Grund: der für solche Stipendien vorgesehene Aufenthalt von einem Jahr in der Schweiz könnte für den

DDR-Bürger zu gefährlich sein). Auch die Akademie der Wissenschaften der DDR hat neulich ihr Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit schweizerischen Forschungsinstituten und Universitäten bekundet. Solche Vereinbarungen könnten, ohne grösseren Aufwand, durch Briefwechsel "von Haus zu Haus" getroffen werden. Abschliessend sei zu diesem Thema noch erwähnt, dass im Verlaufe des Sommers 1976 Prof. Hugo Aebi, Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrates, an einem Symposium in der DDR teilnahm.

Aufzeichnung No. 4Konsularwesena) Schweizerkolonie

Bei dieser Botschaft waren Ende des Jahres 1974 total 2'893 Personen immatrikuliert, wovon 1'461 Personen neben dem Schweizerbürgerrecht auch die Staatsangehörigkeit der DDR besitzen. Die Schweizerkolonie ist stark überaltert, weshalb in den nächsten Jahren mit einer immer stärker werdenden Abnahme zu rechnen ist. Zu einer Rückkehr in die Schweiz werden sich wohl nur die jüngeren Schweizer entschliessen, sofern ihnen die Ausreise infolge der Doppelbürgerschaft der Ehefrauen und der Kinder nicht erschwert oder verunmöglicht wird.

b) AHV - IV

Die Sonderlösung inbezug auf die Beitragsleistungen für Versicherte in der DDR schuf für die hiesigen Schweizerbürger eine sehr günstige finanzielle Voraussetzung, die ihren Beweis in der hohen Zahl der Versicherten und Rentner erbrachte. Ende 1975 waren total 1'520 Schweizer- und Doppelbürger der freiwilligen Alters- und Hinterbliebenenversicherung angeschlossen, d.h. 1'020 Beitragspflichtige und 500 Bezüger einer Rentenleistung.

c) Sozialversicherungsabkommen Schweiz/DDR

Infolge des Fehlens eines entsprechenden Abkommens zwischen der Schweiz und der DDR und auf Grund der Devisengesetzgebung in der DDR können seitens der Versicherten keine regelmässigen Beitragsleistungen erbracht werden. Die Auszahlung der Renten bewegt sich in einer "grauen Zone", die durch ein Sozialversicherungsabkommen zwischen den beiden Staaten aus

der Welt geschafft werden könnte. Ausserdem würde eine solche Vereinbarung bezwecken, dass auch die Beitragszahlungen gemäss den AHV-Gesetzen erfolgen könnten, womit auch die Sonderstellung der Auslandschweizer in der DDR abgeschafft und eine Gleichstellung mit den Versicherten der AHV in anderen Ländern erzielt würde.

d) Humanitäre Fälle

1. Heirat zwischen Schweizern und DDR-Bürgern mit nachfolgender Ausreise des ausländischen Ehepartners:

Von den bei der Botschaft seit der Aufnahme der Beziehungen angemeldeten 46 Fällen konnten bis heute erledigt werden:

- 17 durch Heirat und Ausreise
- 1 durch Heirat (Ausreise nicht beabsichtigt)
- 8 durch Verzicht eines der beiden Teile

Von den 20 pendenten Fällen sind

- 7 in der KSZE-Liste enthalten und gemäss Schreiben des 1. Sekretärs des ZK der SED für eine wohlwollende Behandlung empfohlen
- 13 noch unerledigt.

2. Uebersiedlung von Auslandschweizerfamilien:

Von 1973 bis heute sind bei dieser Botschaft total 17 Fälle von übersiedlungswilligen Auslandschweizerfamilien, bei denen meistens die Ehefrau und die Kinder eine doppelte Staatsbürgerschaft aufweisen, anhängig gemacht worden. Bis heute konnten erledigt werden:

durch Ausreise            7 Fälle

Von den noch 10 pendenten Fällen sind

- 8 KSZE-Liste und
- 2 unerledigt

(wie unter Ziffer 1). Ein neu hinzugekommener Fall blieb bisher noch ohne Reaktion.

Zu der Frage der Rückführung von Auslandschweizerfamilien in die Schweiz muss betont werden, dass sich die Interessen nur sehr zögernd zu einem entscheidenden Schritt entschliessen, wobei meist die angeheiratete Ehefrau gewisse Reserven formuliert. Es hat sich auch gezeigt, dass bei der Botschaft zur Rückkehr in die Schweiz angemeldete Personen sich häufig in eigener Sache nicht mehr verwenden, sondern, wenn einmal seitens der DDR-Behörden ein positiver Entscheid gefallen ist, sich nur schwer zu den Konsequenzen entschliessen.

e) Konsularabkommen Schweiz/DDR

Obwohl die Schweiz bis dato immer eine ablehnende Haltung gegenüber der Frage der Unterzeichnung eines Konsularabkommens eingenommen hat, kann man über die Nützlichkeit einer solchen Vereinbarung geteilter Meinung sein. Inbezug auf die gegenseitige Rechtshilfe ist zu sagen, dass in dieser Sparte bis heute auch ohne Abkommen die erforderliche Mitarbeit der DDR-Behörden gefunden werden konnte.

Anders verhält es sich bei der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft. Die DDR anerkennt keine zweite Staatsbürgerschaft. Sie hat bis heute in dieser Beziehung eine ziemlich harte Haltung eingenommen. Unser Nachbarland Oesterreich konnte in dem am 26. März 1975 in Berlin unterzeichneten Konsularvertrag mit der DDR inbezug auf die Doppelstaatler eine Art Wohlwollenserklärung einbeziehen, die der österreichischen Botschaft in Berlin die Möglichkeit gibt, auch im Interesse von DDR/österreichischen Doppelbürgern zu intervenieren.

f) Visa

Diese konsularische Sparte gibt zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass. Offen bleibt nach wie vor die Stellungnahme der DDR-Behörden zur Möglichkeit der Abschaffung von Visa für Diplomaten- und Dienstpässe.

Administrativesa) Personalbestand:

Die Dotierung dieser Botschaft mit diplomatischen, konsularischen, Kanzlei- und Sekretariats-Mitarbeitern entspricht dem Arbeitsanfall. Bei Krankheits- und Ferienabwesenheiten ergibt sich ein Engpass, der durch vermehrten Arbeitseinsatz bewältigt werden kann. Es ist infolge der besonderen Verhältnisse in diesem Lande nicht empfehlenswert, gleichzeitig 2 Beamte zu versetzen.

b) Mietfrage:

Die Mietverträge für das Kanzlei- und das Residenzgebäude sowie für die verschiedenen Dienstwohnungen, - mit Ausnahme der Wohnung für den Botschaftssekretär -, sind bis heute noch nicht geregelt. Die Botschaft überweist in der Zwischenzeit 70% der verlangten neuen Mieten. Eine Regelung muss in der nächsten Zeit gefunden werden, nachdem das Dienstleistungsamt für die ausländischen Vertretungen in der DDR, als Vermieter, die Bezahlung der ausstehenden Beträge gefordert hat. Die Botschaft wird versuchen, auf der Basis von 70% zu einer Lösung und damit zu neuen Mietverträgen zu gelangen.



## Aufzeichnung betreffend nützliche Kontakte

Wie in jedem kommunistischen Land ist es für einen Vertreter des Westens schwierig, mit massgeblichen Parteifunktionären Kontakt zu haben. Regierungsmitglieder und Verwaltungsbeamte andererseits betrachten Kontakte vor allem vom sachlichen Standpunkt aus und sind in der Regel für politische Informationen wenig ergiebig.

Beim Aussenministerium hatte ich vor allem mit den Stellvertretenden Ministern Nier (zuständig für Westeuropa, insbes. Verhandlungen mit BRD) und Moldt (zust. u.a. für internationale Organisationen) zu tun, ferner mit folgenden Chefbeamten:

- Generalsekretär Neumann (Administrativfragen), kennt die Schweiz als ehemaliger Präsident des DDR-Ruderverbandes;
- Botschafter Bock (Grundfragen und KSZE);
- Botschafter Klobes (Konsularfragen, kein konstruktiver Gesprächspartner);
- Botschafter Plaschke (Westeuropa);
- Botschafter Rose (UNO), früher DDR-Beobachter bei UNO Genf;
- Botschafter Zachmann (Internationale Wirtschaftsorganisationen, ECE, früher Nachfolger von Rose in Genf);
- Botschafter Süss (Völkerrechtsbüro);
- Frau Kiermeier (UNESCO);
- Herr Merkel (amtierender Chef Kulturabteilung);
- Botschafter Jahnowski und Herr Kiene (Protokoll)
- Generaldirektor Herbst (Chef des Dienstleistungsamtes für Ausländische Vertretungen).

Im Aussenhandelsministerium mit Staatssekretär Beil (hat nicht viel Zeit, Gespräche mit ihm aber sachlich ergiebig), Generaldirektor Meyer (zuständig für Westeuropa) und seinem Mitarbeiter Reh (speziell zuständig für Schweiz).

Amt für Rechtsschutz des Vermögens

Prof. Kleyer, Herr Geschwandtner und Dr. Fenn (Verhandlungspartner für Botschafter Diez).

Gute Kontakte bestehen zum Verkehrsministerium (Luftverhandlungen, Strassenverkehrsabkommen) und Gesundheitsministerium (Besuch Dir. Frey vom Gesundheitsamt und ständige Kontakte DDR-Schweiz auf dem Gebiete der Herzchirurgie). Der Gesundheitsminister Prof. Mecklinger ist Nachbar links hinter der Residenz. Ferner beim Post- und Fernmeldewesen Staatssekretär Calov, Stellvertretende Minister Serinek und Arnold (Besuch von PTT-Präsident Redli). Staatl. Komitee für Rundfunk, Vorsitzender Rudi Singer (Besuch von Generaldirektor Molo von der SRG).

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Dr. Matter

Ministerium für Kultur: Stellvertretender Minister Höpcke (Besuch Stadtpräsident Widmer - Höpcke war auch in der Schweiz zum Thomas Mann Gedenkjahr) und Abteilungsleiter Dr. Tautz.

Gute Beziehungen zur Aussenhandelsbank: Präsident Dietrich, Vizepräs. Polze, Direktor Zimmermann (Beziehungen zu Schweizer Banken).

Aussenhandelskammer:

Präsident Murgot (Besuch Dir. Ludwig, OSEC), Vizepräsident Schmidt-Wittmar, Generaldirektor Thiel und Direktor Göldner.

-----

Für die Antrittsbesuche nach Uebergabe des Beglaubigungsschreibens wurden mir seinerzeit vom Protokoll folgende Personen empfohlen:

- Vorsitzender des Ministerrates
- Präsident der Volkskammer

./.

- Präsident des Nationalrates der Nationalen Front der DDR
- Aussenminister
- Oberbürgermeister der Stadt Berlin
- Staatssekretär im Aussenministerium
- Generalsekretär im Aussenministerium

Ich würde auf Grund der Entwicklung der Beziehungen vorschlagen, es seien jedenfalls noch folgende Minister zu besuchen:

- Aussenhandelsminister
- Kulturminister
- Minister für Fach- und Hochschulwesen
- Minister für Verkehr
- Minister für Gesundheit
- Minister für Post- und Fernmeldewesen
- sowie jeweils deren Staatssekretäre und die oben angegebenen Personen im Aussenministerium.

-----

Im diplomatischen Corps sind in der letzten Zeit bedeutende Aenderungen eingetreten. Als interessante Gesprächspartner empfehle ich den Ständigen Vertreter der BRD, die Botschafter der Niederlande, Italiens, Grossbritanniens, Australiens (war Botschafter in der Schweiz von Wien aus), Oesterreichs, Schwedens, Finnlands, Jugoslawiens, Rumäniens und Ungarns. Der Portugiesische Botschafter hat gute Beziehungen zu Künstlerkreisen der DDR. Der französische Botschafter ist relativ neu, ebenso der Däne. Norwegen wird einen neuen Botschafter senden, Amerika hat z.Zt. einen Geschäftsträger und der russische Botschafter übt eingedenk seiner besonderen Rolle etwas Distanz.

-----

Weitere Personen:

- Schriftsteller Stephan Hermlin (reist gelegentlich in die Schweiz)
- Prof. Pischner, Intendant der Staatsoper (war mit Ensemble in der Schweiz)

- Prof. Weckwerth, Brechttheater (war oft in Zürich am Schauspielhaus);
- Dr. Wolfgang Vogel, Rechtsanwalt (hat gutes Verhältnis zu Honecker, ist aber mit Vorsicht zu geniessen; setzt sich für Begnadigung im Spionagefall Ehepaar Wolf/Kälin ein, wobei als Kompensation Entgegenkommen in humanitären Fällen auszuspielen versucht wird);
- Vertrauensanwalt Dr. Gentz;
- Generaldirektor Hermann Falk, Künstleragentur;
- Wolfgang Lippert, Direktor der Berliner Festtage;
- Kurt Rüdiger, Börsenverein der Deutschen Buchhändler (Korrespondent von Oprecht, Schweiz. Buchhändler- und Verlegerverein);
- Dr. Heinz Werner, Direktor Berliner Stadtbibliothek
- Kaufleute Wischniewski und Forgber

-----

Bei prominenten Schweizern in Berlin/DDR handelt es sich um Kommunisten: Regisseur Besson, Musikkritiker Goldschmidt, TV-Mann Troesch und Journalist Brun.

Wertvoll ist Kontakt mit Herrn Wilfried Merian in Herrnhut; dieser hatte ausgezeichnete Beziehungen zur Delegation Westberlin - Major von Diessbach.

-----

Vgl. im übrigen 1. Augustliste.

-----

Unter Residenznachbarn bestehen gute Beziehungen zu Gesundheitsminister Prof. Mecklinger, TV-Mann Horst Drinda, Prof. Rapoport (bekannt mit Prof. Hugo Aebi, Präsident des Wissenschaftsrates) und Prof. Henselmann (seinerzeitiger Star-Architekt).